Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 28 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unf. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 264. **Mittwoch** den 21. September 1887. **81. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung,
das Meldewesen betr.

Mit Rücksicht auf den demnächstigen Beginn der **Michaelismesse** bringt das unterzeichnete Polizeiamt die nachstehenden Bestimmungen des **Melderegulativs** mit dem Bemerken in Erinnerung, daß die Vernachlässigung dieser Vorschriften Geldstrafe bis zu 50 ℳ oder entsprechende Haft nach sich zieht.

Zugleich wird bekannt gegeben, daß die Expeditionen der II. Abtheilung des Meldeamtes (Reichsstraße 3, I.) während der **Vorwoche der Messe** Vormittags von 7 bis 12 Uhr und Nachmittags von 2 bis 7 Uhr, sowie an den Meßsonntagen Vormittags von 9 bis 12 Uhr dem Publicum geöffnet sind.

Hierbei **nehmen wir Veranlassung**, in Anbetracht des für den 1. October bevorstehenden **Quartalwechsels**, auch auf die weiteren Bestimmungen des Melderegulativs unter dem Hinzufügen zu verweisen, daß die zuständigen **Bezirksmeldestellen** an den Wochentagen Vormittags von 8 bis 1 Uhr und Nachmittags von 4 bis 7 Uhr, sowie Sonntags von ½11 bis 12 Uhr zur Entgegennahme der **Meldungen hiesiger Einwohner** zugängig sind.

Leipzig, am 17. September 1887.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Breitschneider. Daegner, S.

Auszug
aus dem Melderegulativ der Stadt Leipzig vom 10. October 1883.

§. 11. Jeder in einem **Gasthofe** oder in einem mit **Herbergsberechtigung** versehenen ähnlichen Etablissement einkehrende und über Nacht bleibende Fremde ist vom Gastwirth oder Quartiergeber und zwar, falls er **vor 3 Uhr** Nachmittags ankommt, noch am **Tage der Ankunft**, andernfalls aber am folgenden Morgen spätestens bis 10 Uhr beim Meldeamt des Polizeiamts, Abth. II, schriftlich mittelst des vorgeschriebenen und für jeden Fremden besonders auszufüllenden Formulars anzumelden. Befinden sich in Begleitung des Fremden Familienmitglieder, Dienerschaft oder sonstige Personen, so sind dieselben auf dem nämlichen Zettel mit zu verzeichnen.

Zugleich mit diesen täglichen Anmeldungen ist auch die Abmeldung der inzwischen abgereisten derartigen Fremden zu bewirken.

§. 13. Die in **Privathäusern** absteigenden Fremden, sogenannte **Besuchsfremde**, sind, sobald sie **länger als 3 Tage** hier verweilen, spätestens am 4. Tage, von erfolgter Ankunft an, vom Quartierwirth beim Meldeamt, Abth. II, oder der betreffenden Polizeibezirkswache mündlich oder schriftlich mittelst des vorgeschriebenen Formulars anzumelden. Bei den etwa in Privathäusern Quartier nehmenden **Meßfremden** jedoch hat diese Anmeldung in jedem Falle, auch wenn sie nur eine Nacht hier bleiben, und zwar binnen **24 Stunden** von der Ankunft an, beim Meldeamt, Abth. II, zu geschehen.

In gleicher Weise ist die Abmeldung binnen 3 Tagen, bei **Meßfremden** binnen 24 Stunden von erfolgter Abreise des Fremden oder etwa erfolgter Wohnungsveränderung zu bewirken.

§. 14. Beabsichtigt ein Fremder **länger als drei Tage** hier zu verweilen, so bedarf er dazu eines für die Zeit des Aufenthalts vom Meldeamt, Abth. II, ausgestellten **Meldescheines**. Nach Ablauf der auf dem Meldeschein bemerkten Giltigkeitsdauer ist, dafern der Fremde noch weiter hier verweilen will, beim Meldeamt **um Verlängerung** des Scheines nachzusuchen.

Die **Quartierwirthe** sind dafür, daß dieser Bestimmung allenthalben nachgegangen werde, **mitverantwortlich**.

Gesucht

wird anderweit der am 5. Juli 1850 zu Zwickau geborene Hufschmied **Carl Wilhelm Werner**, welcher zur Fürsorge für seine der öffentlichen Unterstützung anheimgefallene Familie anzuhalten ist.

Leipzig, am 15. September 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armenamt.)
A. R. V. 1743. Ludwig-Wolf. Wendt.

Gesucht

wird der am 29. Januar 1846 zu Rötha geborene Handarbeiter **Gottfried Ernst Müller**, welcher anderweit zur Fürsorge für seine Familie anzuhalten ist.

Leipzig, am 16. September 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armenamt.)
A. R. V. 1734. Ludwig-Wolf. Wendt.

Bekanntmachung.

Wegen Reinigung der Localitäten wird **Mittwoch** den 21. dieses Monats nur Vormittags von 8—11 Uhr expedirt.

Leipzig, den 17. September 1887.

Königl. Sächs. Standesamt.

Neustadt. Wegen Pflasterung der **Hedwigstraße** bleibt dieselbe für allen **Fahrverkehr bis auf Weiteres** gesperrt.

Zuwiderhandlungen werden mit **10 ₰ Strafe** geahndet.

Der durchgehende Fahrverkehr wird während der Sperrung auf die übrigen Ortsstraßen verwiesen.

Neustadt, 19. September 1887.

Der Gemeindevorstand.
Dietrich.

Bekanntmachung. Volkmarsdorf.

Für ein 12jähriges Mädchen (Waise) werden vom 1. October a. c. ab **Pflegeeltern** gesucht.

Diejenigen Personen, welche die Gewähr für eine gute Erziehung des Kindes bieten und dasselbe zu sich nehmen wollen, werden ersucht, sich unter Angabe der Anforderung

bis 23. September a. c.

bei der hiesigen Gemeindebehörde schriftlich oder mündlich zu melden.

Volkmarsdorf, am 17. September 1887.

Der Gemeindevorstand.
Lehmann. S.

Bekanntmachung.

Das auf den Antrag der Königlichen Eisenbahn-Direction zu Breslau am 14. Juni 1887 eingeleitete Verfahren, betreffend das Aufgebot der auf den Inhaber lautenden Prioritätsobligation Lit. D. der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft Nr. 23324 über 100 Thaler, ist aufgehoben und fällt der auf den 7. Januar 1891 anberaumte Termin weg.

Breslau, den 16. September 1887.

Königliches Amtsgericht.

Nichtamtlicher Theil.

Zur Gesammtlage.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß sich in der neuesten Zeit eine Wendung in den Beziehungen der europäischen Mächte zu einander vollzogen hat, und diese Veränderung läßt sich kaum treffender charakterisiren, als es in dem gestern von uns mitgetheilten Artikel der „Kölnischen Zeitung" unter der Ueberschrift „Ohne Freundschaft und ohne Feindschaft" geschehen ist. Der Satz, auf welchen es ankommt, lautet: „Zwischen der deutschen und der österreichischen Auffassung der orientalischen Frage besteht noch ein Unterschied, doch hat dieser Unterschied an Bedeutung verloren. Wir Deutsche lassen den Russen in Bulgarien freie Bahn, aber seit wir jede Hoffnung aufgeben mußten, Rußland zu versöhnen, kann es nicht unsere Aufgabe sein, die Widerstandskräfte, welche sich in Europa gegen die russischen Pläne regen, diplomatisch zu bezgen."

Die deutsche Politik war bisher dahin gerichtet, den Gegensatz der russischen und österreichischen Interessen auf der Balkanhalbinsel zu versöhnen und dahin zu wirken, daß die russische Politik die Grenzlinie auf der Balkanhalbinsel innehalte, welche nicht überschritten werden darf, wenn Oesterreichs Interessen keinen Schaden leiden sollen. Dieses Streben hat sich als vergeblich erwiesen; Rußland will in Bulgarien vollkommen freie Hand behalten, so zu handeln, wie es seine eigenen Interessen erheischen ohne Rücksicht auf einen befreundeten Nachbarn. Der Brüsseler „Nord" drückt diesen Entschluß in der Form aus, daß er einer etwaigen Begegnung der Kaiser Wilhelm und Alexander in Stettin jegliche Bedeutung abspricht und dabei auf die Ergebnißlosigkeit der Kaiserbegegnung in Skiernewice und Kremsier hinweist. Von dem Abschluß eines Vertrages zwischen Rußland und Deutschland könne gar keine Rede sein, weil Rußland sich nicht binden wolle. Diese mehr aufrichtige als höfliche Eröffnung des russischen Organs läßt den ganzen Aerger getäuschter Erwartung erkennen, welchen die russische Regierung darüber empfindet, daß sich der Ausführung ihrer Pläne in Bulgarien unüberwindliche Hindernisse entgegengestellt haben. Rußland hat eingesehen, daß es auf dem Wege der bloßen Verneinung in Bulgarien nicht vorwärts kommt. Seine Absicht war, die Befestigung der bulgarischen Unabhängigkeit unter allen Umständen zu verhindern, deshalb setzte es der Fürstenwahl unbedingten Widerstand entgegen, und als sie dennoch geschehen war, erklärte es dieselbe für nichtig. Rußland hatte die Genugthuung, zu sehen, daß alle Vertragsmächte ihm darin beistimmten, den Regierungsantritt des Prinzen Ferdinand in Bulgarien ohne vorherige Bestätigung als eine Verletzung des Berliner Vertrages zu betrachten; aber als Rußland verlangte, daß nun auch die Schlußfolgerung dieser Verletzung gezogen und Fürst Ferdinand zur Niederlegung der unrechtmäßig angemaßten Krone genöthigt werden sollte, da regte sich keine Hand in Europa, alle Vertragsmächte waren darin einig, daß es Sache der Türkei sei, sich mit dem Fürsten Ferdinand auseinanderzusetzen. Rußland erntet damit nur, was es gesät hatte; denn so wenig die übrigen Mächte Rußland zwingen konnten, seinen passiven Widerstand gegen die Herstellung geordneter Zustände in Bulgarien aufzugeben, so wenig hielten sie sich verpflichtet, in die Gestaltung der bulgarischen Verhältnisse gewaltsam einzugreifen. Rußland mußte sich überzeugen, daß es seinen Zweck verfehlt hatte; denn sein Plan, in Bulgarien einen russischen General als Statthalter einzusetzen, stieß auf den Widerstand Oesterreich-Ungarns, Englands und Italiens, und Deutschland war natürlich nicht in der Lage, diesen Widerstand zu brechen. Rußland scheint das aber gehofft zu haben, daher noch von Kurzem die lebhafte Zustimmung des „Journal de St. Pétersbourg" zu den Erörterungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", von welchen das russische Organ meinte, daß sie dazu dienen würden, das gegenseitige Mißtrauen zu beseitigen. Aber die erwünschte Wirkung der deutschen Bemühungen blieb aus, die Türkei verharrte in ihrer gewohnheitsmäßigen Unthätigkeit, und inzwischen befestigte sich die Herrschaft des Koburgers in Bulgarien zum großen Mißvergnügen Rußlands, welches die Vertreibung des Prinzen aus Bulgarien für ganz selbstverständlich angesehen hatte.

Jetzt hat Rußland allerdings freie Hand, zu thun, was ihm beliebt, aber es kann sich auch nicht der Nothwendigkeit entziehen, die Folge seiner Handlungsweise auf sich zu nehmen. Ein gewaltsamer Eingriff Rußlands in die bulgarischen Verhältnisse würde die Abwehr Oesterreichs und vielleicht auch Englands und Italiens nach sich ziehen. In dieser Beziehung ist der gestern telegraphisch mitgetheilte „Times"-Artikel beachtenswerth, welcher den herzlichen Empfang der englischen Mittelmeerflotte in Triest und Venedig zu einer politischen Betrachtung benutzt, mit dem Hinweis auf ein mögliches Zusammengehen der drei Mächte England, Oesterreich und Italien. Das vollständige Schweigen der englischen Thronrede über die bulgarische Frage erfährt durch den „Times"-Artikel eine Art von Ergänzung und Aufgleichung, wenn auch die Redewendungen des Citylblattes an Klarheit zu wünschen übrig lassen. Immerhin kann Rußland daraus entnehmen, daß jeder Schritt gegen Bulgarien wohl erwogen sein will.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" trat unlängst der Auffassung entgegen, daß sich in Europa eine andermeilige Gruppirung der Mächte gestaltet habe, daß es thöricht sei, von einer Theilung derselben in der Weise zu sprechen, welche Deutschland, Rußland und Frankreich auf der einen Seite, Oesterreich, England und Italien auf der anderen ihren Platz anweist. Die bulgarische Frage sei nicht im Stande, das Band zu lockern, welches Deutschland und Italien umschließt, die Möglichkeit einer Entzweiung Deutschlands und Oesterreichs wegen der bulgarischen Frage wird von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" überhaupt nicht der Erwähnung werth gehalten.

Es entspricht unzweifelhaft den deutschen Interessen, der bulgarischen Frage nicht eine so weitgehende Bedeutung für die deutsche Politik einzuräumen, daß dadurch ihre Ziele verändert werden könnten, aber sicherlich ist die Bedeutung dieser Frage doch größer, als daß sie einfach unbeachtet gelassen werden könnte. Das Wort der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", „diese und andere Bewegungen in Bulgarien interessiren Deutschland nicht", hat in gewissem Sinne noch heute Geltung, aber die Politik anderer Großmächte, welche an den Ereignissen in Bulgarien stärker betheiligt sind, konnte und kann nicht ohne Einfluß auf die Haltung Deutschlands bleiben. Nachdem sich die Unmöglichkeit herausgestellt hat, den russischen Standpunct in der bulgarischen Frage mit dem österreichischen in Einklang zu bringen, ist die deutsche Politik darauf angewiesen, sich einfach auf den Boden des Berliner Vertrags zu stellen und jeden Versuch, denselben zu brechen, energisch zurückzuweisen. Rußland hat schon vor längerer Zeit erklärt, daß es sich nicht allein verpflichtet erachte, die Bürgschaft für die Erfüllung dieses Vertrages zu übernehmen, wenn die übrigen Mächte den Bruch desselben durch den Prinzen von Koburg ruhig hinnähmen. Später ließ es sogar, daß Rußland der Türkei gegenüber die Drohung ausgesprochen habe, den Berliner Vertrag zu kündigen, wenn diese nicht als suzeräne Macht die Ordnung in Bulgarien wieder herstelle. Das können leere Drohungen gewesen sein, aber die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen, daß Rußland eine Form findet, um ihnen Gestalt zu geben. Natürlich ist die Voraussetzung eines solchen Vorgehens, daß Rußland sich stark genug fühlt, die Folgen desselben auf sich zu nehmen, aber diese Frage scheint vorläufig noch der Lösung bedrohlich zum Heil für den bedrohten europäischen Frieden.

Leipzig, 21. September 1887.

* Die pommerschen Blätter veröffentlichen nachstehenden Allerhöchsten Erlaß, welchen Se. Majestät der Kaiser bei seiner Abreise an den Oberpräsidenten zu richten geruhte:

Es ist Mir eine große Freude gewesen, in Meinen hohen Jahren die Provinz Pommern noch einmal besuchen zu können und in dem warmen Empfange, welcher Mir und der Kaiserin und Königin Meiner Gemahlin von ihren Einwohnern bereitet ist, überall die alten Empfindungen treuer Anhänglichkeit und Ergebenheit wieder zu finden, die Meinem Herzen jederzeit so besonders wohlthuend gewesen sind. — Indem Ich heute die Provinz verlasse, ersuche Ich Sie, dies zur allgemeinen Kenntniß zu bringen und dabei mit auszusprechen, wie Ich mit Befriedigung ersahren habe, daß auch die Truppen während der großen Uebungen durchweg gute Aufnahme gefunden haben.

Stettin, den 17. September 1887.

gez. **Wilhelm.**

An den Ober-Präsidenten der Provinz Pommern.

* Soweit bis jetzt bestimmt ist, wird der **Kaiser**, dessen Befinden durchaus **erfreulich** ist, zu Ende der Woche sich zur Erholung auf einige Zeit nach **Baden-Baden** begeben. Aus militairischen Kreisen verlautet, daß gegründeter Anlaß sei, mit großer Befriedigung auf den Verlauf der Manöver zurückzublicken. Die in alle Einzelheiten gehenden Berichte über die Manöver sämmtlicher Truppentheile werden jetzt sofort in Angriff genommen und dem Kaiser direct unterbreitet. Im Allgemeinen ist man auch mit den Versuchen neuer Einrichtungen zufrieden: ganz besonders soll sich dies auf die Gepäckfrage und zum Theil auch auf die Frage der Fußbekleidung beziehen.

* Aus Berlin wird **officiös** geschrieben:

Die Frage einer Zusammenkunft unseres Monarchen mit dem Kaiser von Rußland, welche von staffarmen Reportern aufgeworfen war und so lange Zeit auf der Tagesordnung gehalten wurde, scheint mit dem Tage, an welchem der Kaiser Stettin verlassen hat, in der Presse endlich zur Ruhe gekommen zu sein. Wie haben schon früher hervorgehoben, daß in den gut unterrichteten Kreisen auf eine solche Zusammenkunft niemals gerechnet und die Erörterung dieser Frage deshalb von Anfang an für eine müßige gehalten wurde. Daß in maßgebenden Kreisen an eine Kaiserbegegnung in Stettin nicht gedacht wurde, ergab sich allein schon aus dem Umstande, daß der Besuch des Grafen Kalnoky in Friedrichsruh, für welchen der Tag doch bereits von Kissingen aus durch Fürst Bismarck genannt werden mußte, gerade für die Zeit vereinbart worden war, welche ausschließlich für einen Besuch des russischen Kaisers in Stettin hätte in Frage kommen können. Wäre eine Monarchen-Zusammenkunft, welche sich doch nicht von einem Tage auf den andern festsetzen läßt, für Stettin geplant gewesen, so würde der Reichskanzler jedenfalls zugezogen worden sein und hätte deshalb über seine Zeit während der vorigen Woche nicht anderweitig verfügen können.

* Zur Frage der Erwerbung der Insel Helgoland durch Deutschland schreibt die „Kölnische Zeitung" an leitender Stelle:

Als der Abgeordnete Tanner unlängst im Hause der Gemeinen den Antrag stellte, das Gehalt des Gouverneurs von Helgoland zu streichen und zugleich an den Staatssecretair der Colonien die Frage richtete, ob die Regierung nicht die Absicht habe, die für England durchaus nutzlose Insel an Deutschland abzutreten, erhielt er, wie nicht anders zu erwarten war, eine verneinende Antwort. Sir H. Holland erwiderte, daß weder die englische Regierung daran denke, diese Abtretung vorzunehmen, noch Deutschland einen besonderen Wunsch zu hegen scheine, Helgoland zu erwerben. Es ist gewiß richtig, daß die deutsche Regierung einen solchen Wunsch noch nicht hat verlauten lassen; in der deutschen Presse ist er dagegen schon mehrfach zum Ausdrucke gelangt. Wir haben uns nie dafür begeistern können, das Nationalitätsprincip mit eigensinniger Logik auch auf die kleinsten Verhältnisse anzuwenden, und haben deshalb auch die „helgoländische Frage" sich selbst überlassen, so lange weniger das allgemeine Interesse Deutschlands als die Abstammung der Bevölkerung des Eilandes in den Vordergrund trat. Inzwischen hat sich eine Wandlung in der Sachlage vorbereitet, indem der Nordostsee-Canal endlich seiner Verwirklichung entgegengeht. Ein in der „Colonialpolitischen Correspondenz" erschienener Aufsatz „Eine fremde Colonie auf deutschem Boden" lenkt diesen Umstand mit Recht hervor. Derselbe führt aus, daß Helgoland mit seiner schlechten Rhede für England keinen militairischen Werth besitze und überhaupt nur eine Belastung des Staatsbudgets bedeute. Da nun die Interessen Deutschlands und Englands nirgends im feindlichen Gegensatz stehen, so liegt freilich in der Thatsache, daß Helgoland in englischer Hand ist, auch keine unmittelbare Bedrohung Deutschlands. Anders aber stehen die Dinge, wenn man die politische Gesammtlage Deutschlands ins Auge faßt: „Wir müssen stets auf der Hut sein gegen Feinde im Westen, Osten und Norden. Hier nun kommt eine Bedeutung Helgolands zu Tage, die den Deutschen schadet und den Engländern nichts nützt, die Bedeutung Helgolands als neutraler Platz für Flotten, die gegen Deutschland operiren. Für solche Flotten ist Helgoland wichtiger als für eine englische Flotte in einem etwaigen deutsch-englischen Kriege, weil in einem letzteren Helgoland angegriffen werden kann, während, wenn England neutral bleibt, Helgoland jeder feindlichen Flotte einen Stützpunct unmittelbar vor der Elb- und Weserminbung und am Anfang des Nordostseecanals bietet. Hier können die feindlichen Schiffe vor Anker gehen, Proviant und Vorräthe erneuern, Kohlen einnehmen, Verwundete abgeben, Nachrichten mit der Heimath austauschen, ohne daß Deutschland im Stande ist, dagegen etwas auszurichten. Je mehr demnach Deutschland als Seemacht erstarkt, um so nothwendiger ist es, daß wir bei künftigen Kriegen Helgoland nicht zum Stützpunct der gegen und operirenden Flotten werden lassen, und wenn in einem Jahrzehnt der Nordostseecanal vollendet sein wird, dann wird vollends der Besitz von Helgoland für uns unentbehrlich sein." Diese Ausführungen haben eine natürliche Beweiskraft allerdings nur für Deutschland; England braucht die deutschen Interessen nicht als zuverlässige Grundlage eines logischen Aufbaues anzuerkennen. Indessen sind sie einleuchtend und stark genug, um wenigstens den von Sir H. Holland gelend gemachten Einwand fortzuräumen, daß Deutschland kein besonderes Verlangen nach Helgoland trage. Eine Forderung zu erheben, ist trotz der alten Rechts- und Billigkeitsgründe, die Deutschland anführen könnte, selbstverständlich ausgeschlossen. Vielleicht aber wird sich ein Einverständniß finden lassen, welches auch für England einen annehmbaren Ersatz einschließt — einen Ersatz weniger für den eigentlichen Verlust, denn dieser Verlust wäre Gewinn für England, als einen Ersatz für das in freundlicher Weise aufgegebene Recht.

* Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" wendet sich gegen eine Aeußerung des Abgeordneten Windthorst auf der Trierer Katholiken-Versammlung, worin dieser das Verdienst der Beendigung des kirchenpolitischen Kampfes sich und dem Centrum zuschrieb. Der Artikel gelangt zu dem Schluß: „Nicht dem Centrum und Herrn Windthorst, sondern allein Papst Leo XIII. gebührt das Verdienst, den kirchlichen Frieden gefördert und herbeigeführt zu haben. Herr Windthorst hat Alles, was in seinen Kräften stand, gethan, um den Culturkampf zu verewigen. Concessionen auf kirchlichem Gebiet sind für Herrn Windthorst ohne Werth, weil seine Opposition gegen die Staatsregierung den kirchlichen Kampf als Vorwand benutzt, um aus demselben die Mittel für welfisch-polnisch-revolutionäre Zwecke zu beziehen."

* Mit großer Entrüstung constatiren polnische Blätter vor einigen Tagen, daß in den höheren Unterrichtsanstalten Posens deutsche Classenlehrer den polnischen Schülern verboten haben, in ihrer Gegenwart miteinander polnisch zu sprechen. Der Director des königl. Marien-Gymnasiums, an welchem dies — nach Mittheilung des „Dziennik Poznanski" — auch vorgekommen sein sollte, erklärt in einer Zuschrift an die Redaction dieses Blattes: „Es sei wahr, daß der betreffende Lehrer den Schülern verboten habe, beim Turnunterricht miteinander polnisch zu sprechen. Der Grund zu diesem Verbote sei das berechtigte Verlangen, daß während der Unterrichtsstunden und in Gegenwart des Lehrers nur eine Sprache gesprochen werde, welche für sämmtliche Schüler und für den Lehrer verständlich ist; es erheische dies der Anstand und die Pädagogik." Uebrigens wird, so bemerkt die „Posener Zeitung" hierzu, auch am städtischen Realgymnasium in Posen von demselben Gesichtspuncte ausgegangen; es wird für selbstverständlich erachtet, daß polnische Schüler in Gegenwart eines deutschen Lehrers miteinander nicht polnisch sprechen.

* * *

* Die Ergänzungswahlen für den böhmischen Landtag haben den Deutschen Oesterreichs eine große Beruhigung gewähret. Die Disciplin der Deutschböhmen hat sich bewähret. Der von der Statthalterei Böhmens gemachte Versuch, die sogenannte Wirthschaftspartei zu gründen und zu heben, ist gänzlich mißglückt. Die Wirthschaftspartei, welche das Versöhnungselement zwischen Czechen und Deutschen darstellen sollte — warum war diese Mittelpartei nur ausschließlich aus deutschem Leibe herausgeschnitten? — kann heute schon zu den Todten gezählt werden. Was konnte für das viele Geld, das diese Partei verschlang, Positives geleistet werden? — Eine Ergänzungswahl hat freilich alle Besorgnisse neu wachgerufen. Der deutsche Theil Südböhmens mit seiner Hochburg, der Stadt Budweis, ist arg gefährdet. Die Betheiligung bei der Landtagswahl war eine in Budweis bisher noch nicht dagewesene. Von 2750 Wählern betheiligten sich 2420 an der Wahl. Von den abgegebenen Stimmen entfielen auf den deutschen Candidaten, den kaiserlichen Rath Joseph Schier, 1363, auf den czechischen Candidaten Dr. Zatka 1047; 8 Stimmzettel waren leer und 2 Stimmen zersplitterten sich. Die czechische Minorität hat immerhin eine ansehnliche Stärke erlangt und die czechische Zuversicht auf eine endliche Majorisirung der Stadt Budweis steigt. Der Fall dieses „deutschen Bollwerks" wird von den Czechen bereits seit Jahren vorhergesagt. Wenn nicht die Deutschen alle ihre Widerstandskraft zusammennehmen, ist die Czechisirung von Budweis nicht unmöglich. Von der „Agitationskraft" der Czechen wurden ja, wie bekannt, allerhand „schlagende" Beweise gegeben. Die Einschüchterung der jüdischen Bürger von Budweis durch die rohe Bedrohung ist zunächst nicht ausgeschlossen. Seit Jahren wird auch durch die Czechen in Budweis die „praktische Colonisation" betrieben. Die Masseneinwanderung czechischer Handwerker und Arbeiter wird planmäßig gefördert. Die geistige Führung nehmen czechische Aerzte und Advocaten, die unter Umständen von der czechischen Parteileitung materielle Unterstützung erlangen, in die Hand. Desgleichen wird mit ähnlichen Mitteln an der Erweiterung der czechischen Sprachinseln um Budweis zur Unterbindung des deutschen Sprachgebietes rührig gearbeitet. Leider zeigten sich auch unter den deutschen Bauern des südlichen Böhmen die Anfänge von Auswanderungslust. Eine größere Zahl wohlsituirter Bauerngutsbesitzer hat sich in den benachbarten innerösterreichischen Gebieten angekauft, um dem schließlich auch ins materielle Leben einschneidenden nationalen Kriege zu entgehen.

* Die Einberufung des österreichischen Reichsraths soll nach dem officiellen Organ der österreichischen Ultramontanen, der in Linz erscheinenden, früher in Würzburg herausgegebenen „Oesterreichischen Correspondenz", für den 4. oder 6. October bevorstehen. Vorher soll noch einer der unter Taaffe beliebten Pairsschübe stattfinden. Was soll noch aus dem österreichischen Herrenhause werden, das früher so viele glanzvolle Namen deutscher Culturträger in sich vereinigte? Soll es noch einige feudale Finsterlinge oder Verkündiger künftiger slawischer Größe mehr aufnehmen?

* Wie den „Hamburger Nachrichten" gemeldet wird, dürfte der Zar den dänischen Hof, wie es heißt, nicht vor Mitte October verlassen. Kaiser Alexander wird daher mit dem König von Schweden zusammentreffen, der in den ersten Tagen des kommenden Monats in Fredensborg erwartet wird. Die Königin Louise von Dänemark gedenkt im nächsten Monat nach Penzing bei Wien zu reisen.

* Zu der bekannten Rustschuker Affaire wird der „Vossischen Zeitung" gemeldet: „Sofia, 18. September. Deutschland hat noch keine Antwort hierher gelangen lassen. Die Regierung ist darüber beunruhigt, und man spricht schon davon, eventuell die Minister Natschewitsch und Stoilow zu opfern, weil unter deren Aegide die Lüper-Affaire sich zu-